

iep

April 2026

WAHLMONITOR

*Parlamentswahl**Ungarn*

Daniel Hegedüs



Wahlergebnisse

Die Parlamentswahlen in Ungarn vom 12. April endeten mit einer historischen Rekordwahlbeteiligung von 79,52 %. Von insgesamt 7,3 Millionen Wahlberechtigten gaben mehr als 5,8 Millionen Bürgerinnen und Bürger ihre Stimme ab. Damit wurden die höchste Wahlbeteiligung und das höchste Maß politischer Partizipation in Ungarns demokratischer Geschichte seit 1990 erreicht.

Bei nahezu 98 % ausgezählter Stimmen erzielte die Oppositionspartei Respekt und Freiheit („Tisza“) unter der Führung von Péter Magyar eine absolute Mehrheit: 53,29% der abgegebenen Listenstimmen sowie 93 der 106 Einerwahlkreise. Daraus ergibt sich eine klare und stabile verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit für Tisza (138 von 199 Mandaten). Damit wurde die bislang regierende Fidesz-Partei unter Ministerpräsident Viktor Orbán nicht nur abgewählt, sondern zugleich die Möglichkeit für den Abbau des in 16 Jahren illiberaler und autokratisierender Herrschaft entstandenen Systems der State Capture eröffnet.

Die außergewöhnlich hohe Wahlbeteiligung und die solide Zweidrittelmehrheit verleihen der neuen Regierung eine außerordentlich starke demokratische Legitimation. Beides hat höchstwahrscheinlich auch dazu beigetragen, dass die Amtsinhaber das Wahlergebnis anerkannt haben – trotz bestehender Befürchtungen hinsichtlich möglicher autoritärer Eskalationen oder eines Machtergriffs.

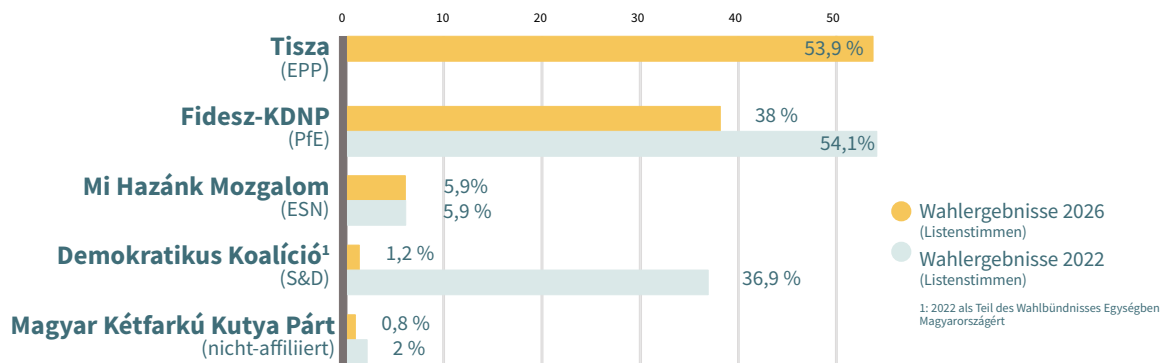
Das künftige ungarische Parlament wird aus drei Parteien bestehen. Neben der Tisza-Partei und Fidesz (55 Mandate)

übersprang die rechtsextreme Bewegung „Unsere Heimat“ („Mi Hazánk Mozgalom“) die Fünf-Prozent-Hürde und zieht mit sechs Mandaten ins Parlament ein. Die progressive linke „Demokratische Koalition“ sowie die alternative Protestpartei „Ungarische Partei des zweischwänzigen Hundes“ („Magyar Kétfarkú Kutya Párt“) scheiterten hingegen an der Sperrklausel.

Das Wahlergebnis stellt nicht nur einen erdrutschartigen Sieg der Opposition dar, sondern kommt einer kleinen demokratischen Revolution gleich. Möglich wurde dieses Ergebnis durch eine plötzliche und anhaltende Verschiebung in der Wählerschaft im letzten Monat des Wahlkampfes, die in erster Linie durch die wachsende Aussicht auf politischen Wandel getragen wurde, sowie durch zwei weitere Faktoren.

Erstens kamen – wie bereits in der Wahlmonitor-Voranalyse zutreffend prognostiziert – die mehrheitsfördernde Elemente des Wahlsystems ab dem Zeitpunkt Tisza zugute, an dem deren Unterstützung jene von Fidesz überstieg. Parallel dazu verloren andere Elemente, insbesondere Gerrymandering, mit der wachsenden Popularität von Tisza in ländlichen und konservativen Regionen zunehmend an Wirksamkeit.

Zweitens blieben die Wahlen trotz gegenseitiger Betrugsvorwürfe und der potenziellen Anwendung von Gewalt in den letzten Tagen des Wahlkampfes überwiegend frei. Vereinzelt Hinweise auf Stimmenkauf und organisierte Wählertransporte änderten daran nichts Grundsätzliches. Ausschlaggebend war hierbei weniger die demokratische Verfasstheit der Amtsinhaber als



vielmehr die Wachsamkeit von Opposition, Zivilgesellschaft und unabhängigen Expertinnen und Experten. Die Tisza-Partei setzte mehr als 20.000 parteigebundene Wahlbeobachter ein und organisierte regionale Monitoring-Strukturen zur Meldung möglicher Unregelmäßigkeiten. Insgesamt entstanden so wirksame Kontrolle, die die Integrität der Wahl absicherten und potenzielle autoritäre Manipulationsversuche verhinderten.

Regierungsbildung

Gemäß des ungarischen Grundgesetzes muss das neu gewählte Parlament innerhalb von 30 Tagen nach einer Wahl zu seiner konstituierenden Sitzung einberufen werden. Angesichts der klaren Mehrheitsverhältnisse bestehen formal keine Hindernisse für eine zügige Regierungsbildung. Präsident Tamás Sulyok könnte aus politischen Gründen jedoch ein Interesse daran haben, die Einberufung des Parlaments und damit den Regierungsbildungsprozess hinauszuzögern, um Fidesz-nahen Akteuren Zeit für mögliche Vertuschungsmaßnahmen zu verschaffen.

Die Haltung des Präsidenten dürfte zudem dadurch beeinflusst werden, dass Péter Magyar in seiner Siegesrede nach der Mandatserteilung zur Regierungsbildung dessen Rücktritt gefordert hat. Gleichwohl ist davon auszugehen, dass der Präsident den Prozess allenfalls um ein bis zwei Wochen verzögern kann, ohne ihn grundsätzlich zu blockieren.

Anschließend an eine erfolgreiche Regierungsbildung verfügt Tisza aufgrund der verfassungsändernden Zweidrittelmehrheit sowohl über das Mandat als auch über die notwendige Legitimation, das System der State Capture in Ungarn anzugehen. In diesem Zusammenhang forderte Péter Magyar auch den Rücktritt des Präsidenten des Verfassungsgerichts, des Präsidenten des obersten Gerichts (Kurie), des Generalstaatsanwalts, des Präsidenten des Rechnungshofs, des Präsidenten der Wettbewerbsbehörde sowie weiterer politisch vereinnahmter Institutionen. Zugleich bekräftigte er, dass der Beitritt zur Europäischen Staatsanwaltschaft

sowie die Wiederherstellung Ungarns als konstruktiver Partner in Europa zu den zentralen Prioritäten seiner Regierung zählen werden.

Europapolitische Auswirkungen

Die ungarischen Wahlen haben nicht nur zu einem Regierungswechsel geführt, sie kommen einem Regimewechsel gleich. Sie setzen 16 Jahren Autokratisierung und einem illiberalen System ein abruptes demokratisches Ende. Das System Orbán galt in Europa und im transatlantischen Raum vielfach als funktionierendes und tragfähiges Modell zur Aushöhlung demokratischer Strukturen und zur Sicherung der Macht illiberaler, radikal rechter Kräfte – durch ungleiche Wettbewerbsbedingungen und die systematische Schwächung politischer Konkurrenz. Dieses Modell ist in Ungarn seit gestern Makulatur und schafft sowohl Hoffnung als auch neue Impulse für eine Stärkung der demokratischen Integrität der Europäischen Union.

Gleichzeitig dürfte die Intensität der Koordination zwischen europäischen und transatlantischen radikal rechten Akteuren unter dem Wegfall ihres zentralen Bezugspunkts leiden. Einzelne Akteure könnten gezwungen sein, ihre Strategien im Nachgang der ungarischen Wahlnacht zu überdenken. Internationale Unterstützung und koordinierte politische Rückendeckung spielten im Wahlkampf von Fidesz eine zentrale Rolle. Dies legt nahe, dass eine zunehmende internationale Vernetzung im radikal rechten Spektrum nicht zwingend deren souveränistische Narrative stärkt, sondern diese mitunter auch untergraben kann.

Ungarn war in den vergangenen 16 Jahren jedoch nicht nur Vorreiter der Autokratisierung in der Europäischen Union, sondern seit der russischen Völlinvasion der Ukraine im Februar 2022 auch ein zentraler Blockierer europäischer Entscheidungsprozesse, insbesondere in der Außen- und Sicherheitspolitik. Eine unmittelbare Folge der Wahl wird daher aller Voraussicht nach das Ende der ungarischen Blockade- und Vetopolitik sein. Dies dürfte insbesondere für die Ukraine von erheblicher Bedeutung sein, im Hinblick auf die rund 90

Milliarden Euro umfassende finanzielle Unterstützung für die Ukraine sowie den Beginn der Beitrittsverhandlungen im Cluster „Fundamentals“. Die entscheidende Frage ist hierbei nicht mehr, ob, sondern wann dies geschieht.

Die Wiederherstellung Ungarns als verlässlicher und konstruktiver Partner auf europäischer Ebene wird das übergeordnete strategische Ziel der Außenpolitik der neuen Regierung sein. Zugleich wird ihre Output-Legitimität maßgeblich davon abhängen, inwieweit es gelingt, eingefrorene EU-Mittel für das Land freizusetzen. Daraus ergibt sich ein erhebliches Potenzial für eine konstruktive, positive Interaktion zwischen Ungarn und den EU-Institutionen. Die europäischen Partner sind gut beraten, dieses Zeitfenster zu nutzen, um den Re-Demokratisierungsprozess Ungarns aktiv zu unterstützen und strukturell zu verankern.

Schließlich geht die Bedeutung der ungarischen Wahlen über die Beziehungen zwischen Budapest und seinen europäischen Partnern hinaus und hat genuin europäische Dimensionen. Sie eröffnet ein Zeitfenster von zwölf Monaten – bis zu den französischen Präsidentschaftswahlen –, das genutzt werden kann, um dringend erforderliche Reformen der EU-Entscheidungsprozesse voranzubringen und die institutionelle Architektur der Union resilienter und funktionsfähiger gegenüber einem möglichen erneuten illiberalen Integrationsgegner zu machen.

Es wäre ein fataler Fehler, aus dem Regimewechsel in Ungarn den Schluss zu ziehen, die Europäische Union könne zur Tagesordnung übergehen. Die ungarischen Wählerinnen und Wähler haben ein Zeitfenster von zwölf Monaten geschaffen. Dieses ungenutzt verstreichen zu lassen, käme einem historischen Versagen gleich.

Über den Autoren

Daniel Hegedüs ist stellvertretender Direktor des Instituts für Europäische Politik (IEP) in Berlin. Seine Forschung konzentriert sich auf demokratische und rechtsstaatliche Rückschritte innerhalb der Europäischen Union, die Schnittstelle zwischen Autokratisierung und Außenpolitik sowie auf europäische und außenpolitische Fragen der Visegrád-Staaten. Daniel Hegedüs ist Autor von mehr als 80 wissenschaftlichen und politikbezogenen Publikationen und tritt regelmäßig als Experte in internationalen Medien auf.

Über den EU Wahlmonitor

Der EU-Wahlmonitor des IEP begleitet und beleuchtet die innereuropäischen Wahlen mit Factsheets, Hintergrundinformationen, Kurzinterviews und Wahlanalysen. Das IEP fördert damit die transnationale Debatte zu europapolitischen Themen.

Über das IEP

Das IEP ist seit 1959 als gemeinnütziger Verein im Bereich der europäischen Integration tätig. Es ist eines der führenden Forschungsinstitute für Außen- und Europapolitik in Deutschland. Das IEP arbeitet an der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik, Verwaltung und politischer Bildung. Die in dieser Publikation geäußerten Meinungen sind die des Autors/der Autoren und spiegeln nicht unbedingt die Ansichten des IEP wider.

Editor

Daniel Hegedüs

Redaktion

Jakob Burger, Julia Winter

Layout

Julia Winter, Jakob Burger

ISSN: 2941-0088

Dieser Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung - nicht kommerziell - keine Bearbeitungen 4.0 International.

Unterstützt durch



iep

Institut für Europäische Politik e. V.
Bundesallee 23
10717 Berlin

info@iep-berlin.de
www.iep-berlin.de

